

Volks-Zeitung

Verfasser: Otto Rühle, Berlin-Stettin

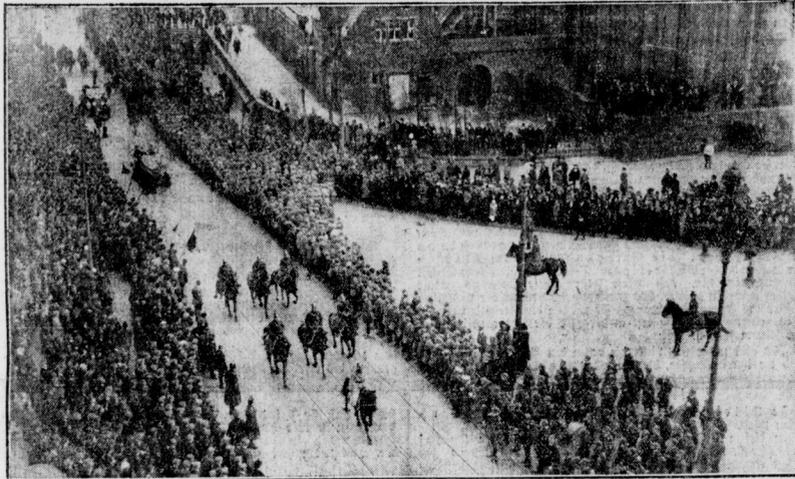
Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zutuf in Fischen reichlich	Preise vielfach nachgebend
Kabeljau 0,35-0,40, Seezachs 0,25 bis 0,30, Schellfisch 0,35-0,50, Kothars 0,25-0,35, Flunders 0,20-0,25, Dorsch 0,30, grüne Heringe 0,25-0,30 das Pfund; in Eis: Hechte 0,40-0,55, Zander 1,00-1,20, Biele 0,40-0,50, Lachs 1,50 bis 1,75 das Pfund; lebend: Aale 1,50-2,00, Hechte 1,00-1,25, Karpfen 1,00-1,25, Schleie 1,20-1,50; Butter 1,80-2,00 das Pfund, Eier 0,15-0,20 d. St.	

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin

Tel. 0,15, ausw. n. Zon u. Zeit. Katalog d. Wort Berlin, 0,05
 Robertsk. 0,50, Ortel 0,40, Dschl. Belg., Dän., Danz. 1,10
 Postk. 0,05, P. u. Ost. 0,05, Ndrf., Schweiz, 1,10, Frankr. 1,10
 Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10, Dtschöster New. Tschech. 17
 Brief 0,05, Peru- u. Ost. 0,10, Ital. 16, Ugar. 21, Grossbr. 17
 Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20, Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-226

Genf vor dem Reichstag



Der Reichspräsident in Köln
Das Reichsbanner steht Spalier

Keystone



Treptow eröffnet die Badrennsaison
Die Sieger im Dauerrennen Feja (rechts) und Krupkat (links)

Welter



Verkehrsunterricht in der Schule
Die Erklärung der Verkehrszeichen auf dem Schulhof

Photokoll



Der Start zur Brandenburgischen Waldlaufmeisterschaft in den Müggelbergen

Schlimmer

Stresemanns Bericht

Rechtfertigung der deutschen Völkerbundspolitik

Es geht nichts über die Gemüchlichkeit. Hat es am Sonnabend die Mehrzahl der Abgeordneten vorgezogen, sich binnem um 11 Uhr, wo eigentlich die Sitzung beginnen sollte, noch gar nicht nach „großem Tag“ im Reichstag aus. Nur wenige Abgeordnete trafen im Sitzungssaal ferum. Die Tribünen sind mäßig besetzt. In der Diplomatensloge ein oder zwei neugierige Attaches.

20 Minuten später, als die Sitzung vom Präsidenten S d b e eröffnet wird, hat sich das Bild geändert, die Tribünen sind fast voll. In der Diplomatensloge sind die Prominenten eingetroffen. Nur die Abgeordnetenbänke behalten harte Plätze, vor allem bei den Deutschnationalen, bei denen soziales nur die Beflagung mit dem schimmernden Treppe-Bart die Bedeutung des Tages angeht. Während der Deutschnationale Abgeordnete S o e s t i c h als Berichterstatter zum Etat des Auswärtigen Amtes spricht, herrscht große Unruhe im Haus. Man hat sich nach der Sonntagsruhe viel zu erzählen. Nicht einmal das Deutschnationale Tagesbüchlein hört zu.

Ruhe tritt erst ein, als der Reichsaussenminister Dr. Stresemann zum Redepult tritt und seine große Darlegung der Genfer Verhandlungen ihres Ergebnisses und ihrer Beurteilung, beginnt. Stresemann spricht heute frech und ohne Nervosität. Er rechtfertigt die Haltung der deutschen Delegation und wehrt vor allem die Angriffe des Herrn v. Gera mit Schärfe ab. Der eigentliche Kampf wird erst beginnen, wenn der Deutschnationale Redner Genf verharpt seine Pfeile gegen die Regierung geschleudert hat, was nach den Reichsanwalt selbst heute oder morgen noch zum Eingreifen in die Debatte veranlassen wird.

Situngsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des Abg. v. G u e r a r d (Zent.) beschließen, mit den auf der Tagesordnung stehenden Etats des Reichsanwalts und des Auswärtigen Amtes die zu den Genfer Verhandlungen vorliegenden Interpellationen zu verbinden.

Bei nur mäßig besetzter Saale erhebt zunächst Abg. Dr. S o e s t i c h (Deutschnat.) den Bericht des Haushaltsausschusses über den Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Dann nimmt der Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort zu folgenden Ausführungen. Im Augenblick ist es meine Aufgabe über die Genfer Vorgänge zu berichten. Das ist um so notwendiger, als ich zu meinem großen Bedauern teilhaben mußte, daß sogar das größte deutsche Landesparlament in eine Beratung über Genf eingetreten ist ohne überhaupt eine Darlegung der Regierung abzuwarten. (Stuhl hört links.) Aus der Sorge für die Genfer Verhandlungen war besonders bemerkenswert, daß der Völkerbund als geschlossene Körperschaft im Februar 1925 den Wunsch ansprach, mit Deutschland im Rat zusammenzuarbeiten. Deutschland hat sich nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich leider nicht dazu gedrängt. Zweimal ist Deutschland gerufen worden, einmal als der Völkerbundversammlung 1924 heraus das zweite Mal auf Wunsch der Mächte, die den Locarno-Frieden nur unter der Bedingung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund abzuschließen wollten. Darans entfiel

die Pflicht dieser Mächte, ihrerseits alles zu tun, das dieses Inkrafttreten der Locarno-Verträge ermöglichte, nachdem sie selbst die Jugendigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarno-Verträge bezeichnet hatten. (Sehr richtig!)

Unso selbstamer war daß kurz nach dem Erscheinen Deutschlands im Völkerbund Mitteilungen davon aufstanden, die davon sprachen, daß eine Rekonstruktion des Völkerbundes erfolgen solle, daß drei Mächte Ansprüche auf ständige Mitgliedschaft erheben, daß angeblich Verpflichtungen in dieser Richtung gemacht worden wären. Der deutsche Reichstag hat in seinem Auswärtigen Ausschuss am 19. Februar eine Entscheidung dahin gefaßt, daß Deutschland entsprechend den gebliebenen internationalen Verhandlungen bei der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundes Anspruch auf einen Ratssitz ohne weitere Veränderung des Rates habe. Die Stellung der deutschen Reichsregierung ist in der bekannten Gamburger Rede des Reichsanwalts präzisiert und festgelegt worden. Man stand allgemein auf dem Standpunkt, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundes sei. Die Ansprüche Spaniens, Italiens und Polens fanden in diesem Augenblicke keine Berücksichtigung — am liebsten mit in der englischen öffentlichen Meinung. Die schwedische Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen lassen, daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Sitze im Rate, die über die Zugehörigkeit Deutschlands hinausginge, auch dann stimmen würde, wenn sie mit diesem Standpunkt einverstanden wäre.

Die deutsche Delegation konnte daher mit dem Gefühl nach Genf reisen, daß tatsächlich die Entscheidung in der Änderung des Rates über den deutschen Sitz hinaus, negativ gefallen sei.

